

23. Juni 2014
bis
4. Juli 2014

Die deutschen Landesbanken **Bayern-LB** und **Nord-LB** arbeiten zukünftig im Bereich Kredit-IT-Systeme zusammen. Beide Institute unterzeichneten eine Vereinbarung zur gemeinsamen Nutzung der IT-Plattform „Loan IQ“ als bestands- und positionsführendes System für weite Teile des Kreditgeschäfts im Non-Retail-Bereich. Hierbei sollen die Betriebsfunktionen zusammengesetzt und die technische und fachliche Weiterentwicklung synchronisiert, vereinheitlicht und gemeinsam umgesetzt werden.

Die französische Großbank **BNP Paribas** hat sich mit mehreren US-Justizbehörden auf einen Vergleich geeinigt, der eine Strafzahlung des Unternehmens in Höhe von 8,97 Milliarden Dollar vorsieht. Das Kreditinstitut hat eingeräumt, in den Jahren 2004 bis 2012 Ländern wie Sudan oder Iran, die mit US-Sanktionen belegt waren, verbotene Transaktionen ermöglicht zu haben. BNP Paribas hat zudem eine einjährige Suspension vom US-Dollar-Clearing im Zusammenhang mit auf Öl-, Gas-, Energie- und Rohstoffe zielende Finanzgeschäfte in bestimmten Regionen akzeptiert. Die Sperre gilt ab Januar 2015. In dieser Zeit will das Kreditinstitut entsprechende Geschäfte über dritte Banken abwickeln.

Die **Commerzbank** hat zur Jahresmitte ihr Leistungsspektrum bei der Finanzierung deutscher Städte und Gemeinden mit einem eigenen Bereich „Öffentlicher Sektor“ erweitert. Von Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Leipzig und München aus werden künftig Kommunen und deren Eigengesellschaften von insgesamt rund 60 Mitarbeitern betreut. Ziel der Bank ist es, die Zahl der betreuten kommunalen Verbände von derzeit 2 500 bis zum Jahr 2018 zu verdoppeln.

Ihre im Mai angekündigte Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bar einlagen hat die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, abgeschlossen. Die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien der Bank hat sich um 359,8 Millionen Aktien auf 1 379,3 (1 019,5) Millionen Aktien erhöht. Der Brutto-Emissionserlös der Transaktionen beläuft sich auf 8,5 Milliarden Euro. Für die Emission hatte das Institut ein Konsortium von 25 Finanzinstituten zusammengestellt, das die Transaktion garantierte. Im Zuge einer Vorabplatzierung hatte der katarische Investor Hamad bin Dschassim bin Dschaber al-Thani Aktien

für 1,75 Milliarden Euro zu je 29,20 Euro gezeichnet.

Die **DZ Bank AG** hat ihre Kapitalerhöhung platziert. Innerhalb der Bezugsfrist, die am 4. Juli endete, sind alle 186,9 Millionen neuen Aktien im Gesamtvolumen von 1,477 Milliarden Euro zu einem Bezugspreis je Aktie von 7,90 Euro von den Aktionären gezeichnet worden. Die Bank benennt das Bezugsvolumen mit 1,48 Milliarden Euro, und konstatiert eine Überzeichnung von 16 Prozent.

Ende Juni hat die **Europäische Zentralbank** die Gruppe der deutschen Banken, die ab November unter ihre direkte Aufsicht fallen sollen, von 24 auf 21 Kreditinstitute verkleinert. Aus dem ursprünglich im Oktober vergangenen Jahres veröffentlichten Kreis sind die **IKB Deutsche Industriebank AG**, Düsseldorf, die **KfW IpeX-Bank GmbH**, Frankfurt am Main und das Finanzkonglomerat **Wüstenrot & Württembergische AG**, Stuttgart, herausgefallen. Sie sollen weiter unter den Aufsicht von Deutscher Bundesbank und BaFin bleiben. Eine endgültige Aufstellung der betroffenen Banken will die EZB bis 4. September 2014 veröffentlichen.

Sowohl die Mitglieder der **Evangelischen Darlehns-genossenschaft** (EDG), Kiel, als auch die der **Evangelischen Kreditgenossenschaft** (EKK), Kassel, haben einem Zusammenschluss der beiden Institute zur dann größten deutschen Kirchenbank zugestimmt. Unter dem Namen Evangelische Bank wird sie eine Bilanzsumme von rund 7,7 Milliarden Euro ausweisen und rund 500 Mitarbeiter beschäftigen. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) begleitet die Fusion über seine Sicherungseinrichtung mit einer Bürgschaft über 139 Millionen Euro. Damit sollen Risiken aus dem Kreditbuch der EDG abgeschirmt werden.

Die US-Notenbank **Fed** hat Finanzinstituten mehr Zeit gegeben, um Schwächen auszugleichen, die beim jüngsten Stresstest der Behörde zutage getreten sind. Die überarbeiteten **Kapitalpläne** müssen erst

im Januar 2015 statt wie bisher geplant bereits Ende Juni 2014 eingereicht werden. Die Erleichterung betrifft etwa die Citigroup, aber auch US-Töchter von HSBC, RBS und Santander. Anfang des Jahres 2015 startet bereits der nächste Stresstest in den USA.

Die **Glarner Kantonalbank** hat im Juni dieses Jahres ihren Börsengang vollzogen. Im Jahr 2010 wurde die Bank mit dem Ziel der Sanierung von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft des kantonalen öffentlichen Rechts umgewandelt. Die Glarner Kantonalbank kommt auf eine Marktkapitalisierung von rund 200 Millionen Franken. Der Kanton Glarus bleibt Hauptaktionär und wird nach dem Börsengang einen Kapital- und Stimmrechtsanteil von knapp 70 Prozent halten. Damit sind 14 der 24 Schweizer Kantonalbanken börsennotiert. Vor zwei Monaten hatte bereits die nach Bilanzsumme fünfmal größere Thurgauer Kantonalbank ihren IPO vollzogen.

Die Schweizer Retailbanken-Gruppe **Raiffeisen** gründet gemeinsam mit einem Anbieter für Bankenlösungen, **Avaloq**, ein neues Technologie- und Serviceunternehmen. Gleichzeitig kündigte die Bank ihre Kooperation mit der Privatbank **Vontobel** zur Jahresmitte 2017. Raiffeisen wird dann die bisherigen Frontsysteme für die Kunden und Kundenberater ablösen und auf eine neue auf Avaloq basierende IT-Plattform überführen. Gleichzeitig wird die Wertschriftenverarbeitung technisch integriert, die bis 2017 vom Kooperationspartner Vontobel erbracht wird. Das Verhältnis zwischen Raiffeisen und Vontobel ist derzeit von Rechtsstreitigkeiten geprägt.

Swiss Re, der Schweizer Rückversicherer, hat das Pensionsgeschäft der britischen Großbank HSBC übernommen. HSBC Life überträgt 400 000 Einzel- und Gruppen-Pensionsverträge an die auf die Übernahme bestehender Versicherungsgeschäfte spezialisierte Swiss-Re-Tochter Admin Re. Die Gesellschaft übernimmt die mit Pensionsversicherungen verbundenen Langleblichkeitsrisiken. Eingeschlossen in die Transaktion sind Vermögenswerte (Unit-Linked Assets) in Höhe von rund 4,2 Milliarden britischen Pfund (etwa 5,2 Milliarden Euro). Diese sollen weiterhin von HSBC Global Asset Management verwaltet werden.